

Montag
21. Januar 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 16 – Auflage 188 602

Computer Kampf gegen den Error: Das kann man tun, um die ärgerlichen Abstürze zu verhindern. 34

Gangnam Style Rechts, links, rechts und Ausfallschritt – selbst 50-Jährige lernen den Modetanz. 15

Tennis Trotz seiner Niederlage gab es für Wawrinka Applaus von der Nummer 1. 44



Der Bund gibt fast jeden dritten Franken in Bern aus

Vertreter der Kantone, die weniger stark profitieren, fordern eine bessere Verteilung externer Aufträge.

Von Christian Brönnimann, Bern

Firmen in sechs Kantonen profitierten 2011 überdurchschnittlich von Aufträgen der Bundesverwaltung. Das geht aus einem Controlling-Bericht hervor, der dem TA vorliegt. Konkret erhielten Unternehmen in Bern, Luzern, Thurgau, Freiburg, Nidwalden und Uri relativ zu ihrer Wirtschaftsleistung bis zu 27-mal grössere Aufträge als die Unternehmen der Kantone am Schluss der Rangliste. Dort befinden sich kleine, periphere Kantone, Westschweizer Kantone und Basel-Stadt. Fast jeder dritte Franken, den die Bundesverwaltung 2011 im Inland ausgab, floss an Berner Firmen.

Bei den Bundesaufträgen geht es um viel Geld. Insgesamt gaben die Beschaffungsstellen 2011 5,4 Milliarden Franken für externe Aufträge aus. Vertreter der Regionen, die wenig Beachtung finden, machen nun Druck für eine ausgeglichene Verteilung der Aufträge. Es bestehe Handlungsbedarf, sagt Marcel Schweizer, Präsident des Gewerbeverbandes von Basel-Stadt. Als Erstes müsse Klarheit geschaffen werden, warum bestimmte Kantone so schlecht dastünden.

Von Westschweizer Parlamentariern sind mehrere Vorstösse hängig. Es sei nicht länger hinnehmbar, dass Unternehmen aus der lateinischen Schweiz

wegen «mangelnder sprachlicher Kompetenzen in der Bundesverwaltung» diskriminiert würden, schreibt der grüne Genfer Nationalrat Antonio Hodgers. Seine Motion, die eine Verbesserung der Chancengleichheit verlangt, hat der Nationalrat im Dezember gutgeheissen.

Kein regionaler Verteilschlüssel

Der Druck zeigt Wirkung. Der Bundesrat hat die Verwaltung kürzlich beauftragt, Massnahmen zu erarbeiten, um die Situation zu verbessern. Zur Diskussion steht beispielsweise, bei Ausschreibungen alle Unterlagen mindestens in zwei Landessprachen zu übersetzen oder für

Westschweizer Unternehmer Kurse anzubieten, um sie mit den Eigenheiten von Bundesvergaben besser vertraut zu machen.

Doch René Graf, Vizedirektor des Bundesamts für Bauten und Logistik, warnt vor zu hohen Erwartungen. Oberste Kriterien bei Vergaben seien die Wirtschaftlichkeit und die Nachhaltigkeit. Für einen regionalen Verteilschlüssel fehlten die gesetzlichen Grundlagen. Der Walliser CVP-Nationalrat Christophe Darbellay fordert, im Gesetz zumindest festzuhalten, dass bestimmte Kantone bei Vergaben nicht diskriminiert werden dürfen. – Seite 3

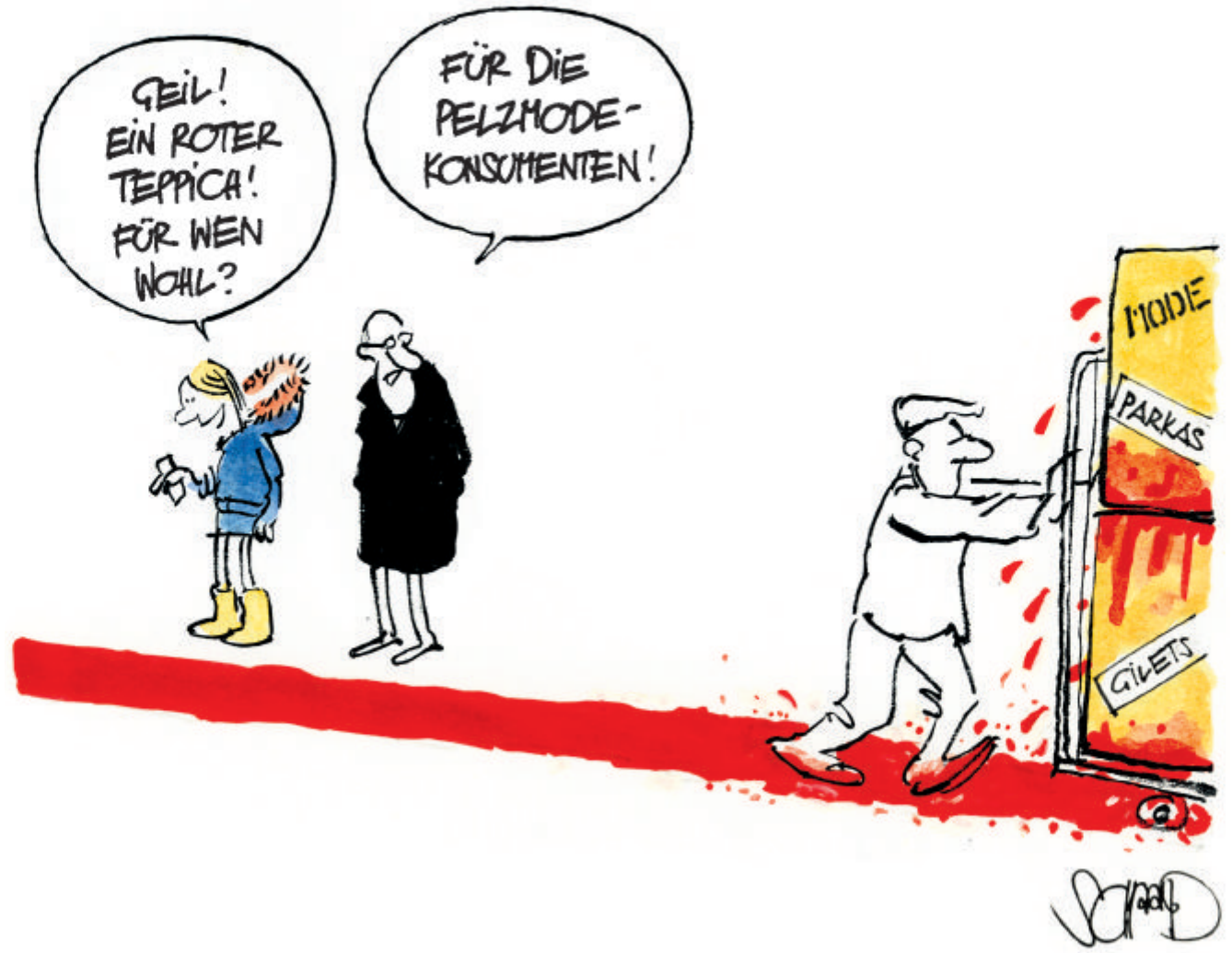
Swiss schränkt Rechte der Passagiere ein

Nach Ansicht der Fluggesellschaft Swiss haben Passagiere annullierter oder verspäteter Übersee Flüge keinen Anspruch auf eine Entschädigung gemäss der auch in der Schweiz gültigen EU-Verordnung über die Fluggastrechte. Ein solcher Anspruch bestehe nur auf Flügen zwischen der Schweiz und Ländern der EU. Deshalb zahle Swiss bei Langstreckenflügen nur «aus Kulanz». In einem Urteil vom Mai letzten Jahres gab das Zivilgericht des Kantons Basel-Stadt der Airline recht. Der Entscheid hat allerdings einen Makel: Das Gericht stützte sich vor allem auf einen Fachartikel einer Flugrechtswissenschaftlerin, die im Dienst von Swiss respektive ihrer Muttergesellschaft Luft hansa steht. Experten kritisieren den Richterspruch scharf – die Rede ist von einem «Fehlurteil». Sogar das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) sah sich zum Handeln gezwungen: In einem Rundschreiben wies es alle von der Schweiz aus operierenden Airlines darauf hin, dass die EU-Verordnung auch für Langstreckenflüge gelte. (thm) – Seite 37

Ausländer sollen für Einwanderung zahlen

Die negativen Folgen der Zuwanderung wären für die Schweizer einfacher zu ertragen, wenn sich für sie daraus ein finanzieller Mehrwert ergäbe, sagt Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Freiburg. Dem ist heute nicht so, das Wirtschaftswachstum pro Kopf wurde durch die Zuwanderung nicht beeinflusst. Eichenberger propagiert staatliche Korporationen auf Bundes- und Kantonsebene, in welche das Gewinn abwerfende «Tafelsilber» (Swisscom, Nationalbank, Boden, Immobilien) zugunsten der Bürger und der lange ansässigen Ausländer eingebracht würde. Ihnen würden die Körperschaften Steuern und Sozialleistungen zahlen. Die allgemeinen Steuern und Gebühren würden durch das Wegfallen dieser Gewinne stark erhöht – auf Kosten der Zuwanderer. Sollte die EU die bilateralen Verträge aufgrund eines solchen Systems kündigen, wäre das kein Problem, sagt Ökonom Eichenberger: «Der Schweiz ginge es auch ohne die Bilateralen gut.» (sth/bl) – Seite 5

Pelz ist wieder gross in Mode



Tierschützer schlagen Alarm: Pelze verkaufen sich so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Über 200 Tonnen wurden letztes Jahr importiert – Besätze an Jacken und Mänteln nicht eingerechnet. Zum Vergleich: 2000 bis 2005 waren es jeweils unter 50 Tonnen. – Seite 13

SPD und Grüne gewinnen in Niedersachsen knapp

Das deutsche Bundesland Niedersachsen steht vor einem Regierungswechsel zu Rot-Grün: Gemäss dem vorläufigen amtlichen Endergebnis vom späten Sonntagabend kommen SPD und Grüne gemeinsam auf eine Mehrheit von einem Mandat im neuen Landtag in Hannover. Die Lager aus CDU/FDP sowie SPD/Grünen lagen bis zuletzt fast gleichauf, ehe eine Hochrechnung des TV-Senders ARD

nach 23 Uhr SPD und Grünen erstmals eine Mehrheit mit einem Sitz voraus sagte. Dennoch ist die CDU mit rund 36 Prozent stärkste Partei. Die SPD ist mit 32 Prozent zweitstärkste Kraft, gefolgt von den Grünen mit 13 Prozent. Die Linkspartei und die Piraten blieben unter der 5-Prozent-Hürde.

Einen Erfolg erzielte die zuletzt stark gebeutelte FDP, die auf überraschend

gute 10 Prozent kommt. Davon beflügelt, möchte Parteichef Philipp Rösler die liberale Führung umbauen. Das kündigte er gestern an. Er werde heute Montag den Parteigremien einen Vorschlag unterbreiten, wie sich die Partei für die Bundestagswahl aufstellen solle. An einen Rückzug scheint er nun nicht mehr zu denken. (dn)

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 6

Heute

Zürich
46-jähriger Schweizer fällt vom Perron und wird überfahren

Viele Pendler mussten mit ansehen, wie am Freitagabend in der Stosszeit ein Mann im Bahnhof Stadelhofen auf das Gleis stürzte und von einer S-Bahn tödlich verletzt wurde. Beim Unfallopfer handelt es sich um einen 46-jährigen Schweizer Randständigen. – Seite 13

Wirtschaft

Privatbankiers könnten mit Informationsaustausch leben

«Wir finden die Abgeltungssteuer die bessere Lösung», sagt Privatbankier-Vertreter Michel Dérobert. «Aber an uns würde die Lösung mit einem automatischen Informationsaustausch wahrscheinlich nicht scheitern.» Das Ziel sei der Marktzugang in Europa. – Seite 13

Kommentare & Analysen

«Ghadafi scheint im Grab recht zu bekommen.»

Tomas Avenarius über das Erstarken islamistischer Terroristen in Nordafrika. – Seite 7

Die neue Reisefreiheit der Kubaner könnte für die USA zum Problem werden. – Seite 9

Beilage



Indien erwacht aus dem Traum vom Billig-Tablet für die Ärmsten.

Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	21
Fernsehprogramme	28, 29
Veranstaltungen	30
Rätsel	33

Anzeige



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo–Do 8–12 und 13–17.30 Uhr / Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, insertate@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Schweiz

Bern und Zentralschweiz profitieren am meisten von Bundesaufträgen

Die Unterschiede bei der regionalen Verteilung der Gelder sind gross. Nun prüft die Beschaffungskommission des Bundes ein gerechteres System. Westschweizer Politiker pochen darauf.

Von Christian Brönnimann, Bern
5,4 Milliarden Franken gaben die Beschaffungsstellen der Bundesverwaltung 2011 für Güter und Dienstleistungen privater Anbieter aus. Diese Zahl ist bekannt. Keine Kenntnis hatte man bislang davon, wie sich die Zahlungen zusammensetzen. Dem TA liegen nun erstmals Zahlen vor, die zeigen, welche Departemente die grössten Aufträge an die Privatwirtschaft vergeben und welche Landesteile dabei besonders profitieren.
Grundsätzlich lässt sich feststellen: Jeder zweite Franken, der vom Bund direkt in die Privatwirtschaft fliesst, stammt aus dem Verteidigungsdepartement VBS. Hier fallen vor allem Aufträge für Informatik- und Telekommunikationsmittel (575 Millionen Franken), für militärische Bauten (516 Millionen), Rüstungsgüter (434 Millionen) und Fahrzeuge (392 Millionen) ins Gewicht. Das VBS-interne Inspektorat hat jüngst in einem Prüfbericht die hohen externen Kosten, beispielsweise beim Fahrzeugunterhalt, scharf kritisiert.

An zweiter Stelle steht das Verkehrsdepartement Uvek, welches das Geld hauptsächlich für den Nationalstrassenbau ausgibt (1,1 Milliarden). Die dritthöchsten Beschaffungen schliesslich fallen beim Finanzdepartement (EFD) an, das als zentrale Beschaffungsstelle für die zivile Informatik fungiert und auch für die zivilen Bauten des Bundes zuständig ist. Die Vergaben der übrigen vier Departemente fallen im Vergleich zu den drei genannten klein aus.

Fast ein Drittel geht nach Bern

Bei der regionalen Verteilung der Gelder gibt es grosse Unterschiede. Die Grafik zeigt für jeden Kanton das Verhältnis zwischen dem Anteil an den inländischen Beschaffungszahlungen des Bundes und dem Anteil am gesamtschweizerischen Bruttoinlandprodukt. Je höher der Wert ist, desto mehr profitiert die lokale Wirtschaft von Bundesaufträgen.
Überdurchschnittlich oft kamen 2011 Firmen aus sechs Kantonen zu Aufträgen: Uri, Luzern, Nidwalden, Bern, Thurgau und Freiburg, wobei Bern bei den absoluten Zahlungen obenausschwingt. Fast jeder dritte Franken, den die Bundesverwaltung 2011 im Inland ausgab, floss an Firmen mit Sitz im Kanton Bern. Der Kanton Zürich ist im oberen Mittelfeld anzutreffen.
Am anderen Ende der Rangliste befinden sich kleine, periphere Kantone wie die beiden Appenzell oder Schaffhausen und mit Ausnahme von Freiburg die Westschweizer Kantone. Aber auch der



Die Ruag in Thun beschert dem Kanton Bundesaufträge: Mitarbeiter beim Putzen eines Panzerrohrs. Foto: Peter Schneider (Keystone)

Kanton Basel-Stadt steht schlecht da. Relativ zur Wertschöpfung erhielt seine Wirtschaft 2011 fast zehnmal weniger Bundesaufträge als die Spitzenreiter. Im Extremfall von Appenzell Innerrhoden waren es sogar 27-mal weniger.

Geografische Nähe nützt

Für die Verteilung gibt es Gründe. Bern profitiert von seiner Funktion als Verwaltungszentrum. So fallen beispielsweise Unterhaltsaufträge für die Gebäude des Bundes meist dem lokalen Gewerbe zu. Auch Berater- oder IT-Firmen kann die geografische Nähe zur Verwaltung nützen. Luzern hat den Militärflugplatz Emmen - Nidwalden die Pilatuswerke. Laut René Graf, Vize-Direktor im Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL), erhalten die beiden bundeseigenen Betriebe Ruag und Pilatus jährlich Aufträge von mehreren Hundert Millionen Franken.
Die Namen der übrigen grössten Auftragnehmer des Bundes gibt Graf hingegen nicht bekannt. Nur so viel: Die 20 grössten Lieferanten erhielten 2011 Auf-

träge im Umfang von total je 24 Millionen bis 84 Millionen Franken.
Auf mehrjährige Sicht verzerrend wirken sich gemäss Graf die Aufträge im Nationalstrassenbau aus. Je nachdem, in welchem Kanton grössere Projekte realisiert werden, fliessen vorübergehend mehr oder weniger Bundesmittel an das dort ansässige Baugewerbe.

Das Parlament macht Druck

Allen Begründungen zum Trotz klärt die Beschaffungskommission des Bundes nun ab, ob die Aufträge künftig gerechter verteilt werden können. «Vor allem in der Romandie haben wir ein Problem», sagt René Graf. Bis Ende dieses Jahres sollen konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, wie dieses Problem behoben werden kann. Als Beispiel für einen möglichen Ansatz nennt Graf eine neue Bestimmung, dass Pflichtenhefte bei Ausschreibungen zwingend auf Französisch und Italienisch übersetzt werden müssen. Allzu hohe Erwartungen an die Abklärungen wären aber wahrscheinlich vergebens. René

Graf selber schränkt ein: «Es gibt keine rechtliche Grundlage für Vergaben nach einem regionalen Verteilschlüssel.» Oberste Kriterien seien die Wirtschaftlichkeit und die Nachhaltigkeit.
Die Abklärungen erfolgen nicht ganz freiwillig. Das Parlament macht Druck. Letzten Dezember hat der Nationalrat zwei Vorstösse von Westschweizer Politikern gutgeheissen, die eine ausgewogenere Verteilung der Bundesaufträge zum Ziel haben: Die «einseitige Vergabe [...] dürfte mit einer Verschwendung der öffentlichen Gelder einhergehen, denn es liegt auf der Hand, dass mit dieser Vorgehensweise der Wettbewerb nicht spielen kann», schreibt der Walliser CVP-Nationalrat Christophe Darbellay in seinem Vorstoss. Graf hält dem mit einer Auswertung der Vergaben des Bundesamts für Bauten und Logistik entgegen. Demnach waren Erfolgsquoten für Offerten von Westschweizer Firmen sogar besser als solche aus der Deutschschweiz. Jedoch, so Graf, beteiligten sich die Romands häufig gar nicht an Ausschreibungen.

Statistik
Leistungen und Lieferungen

Die Statistik der Beschaffungszahlungen ermöglicht gemäss Bundesamt für Bauten und Logistik eine «vollständige Sicht auf die Zahlungen des Bundes für den Bezug kommerzieller Leistungen und Lieferungen». Sie bildet sämtliche Geldflüsse der zentralen Bundesverwaltung (die sieben Departemente sowie die Bundeskanzlei, die Parlamentsdienste und der Bundesrat) für Güter und Dienstleistungen an die in der Regel privatwirtschaftlichen Zulieferer ab. In der Beschaffungstatistik nicht enthalten sind hingegen Bundessubventionen wie Direktzahlungen oder Beiträge an den regionalen Personenverkehr. (bro)

Ecopop verlangt Entschuldigung von Chefdiplomat

Staatssekretär Yves Rossier gerät wegen einer verbalen Entgleisung in die Kritik - schlimmstenfalls mit juristischem Nachspiel.

Von Fabian Renz, Bern
Mit der im November eingereichten Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung» will der Verein Ecopop die Immigration begrenzen: Damit die «natürlichen Lebensgrundlagen» nicht gefährdet würden, dürfe die Einwohnerzahl durch Zuwanderung maximal um 0,2 Prozent im Dreijahresmittel wachsen. Diese Forderung hat den wichtigsten Mitarbeiter von FDP-Aussenminister Didier Burkhalter offenbar zu einer problematischen Verbalattacke veranlasst. Laut «SonntagsZeitung» bezeichnete Staatssekretär Yves Rossier die Initianten an einer CVP-Tagung als «Ökofaschisten». Mehrere CVP-Politiker warfen in der Folge die Frage auf, ob Rossier als Chefdiplomat noch tragbar sei.
Gestern schien es, als krebse Rossier teilweise zurück. Er meldete sich telefonisch beim Initiativkomitee, wie dessen Präsident Benno Büeler auf Anfrage erklärt. Man habe vereinbart, sich heute Montag zum Gespräch zu treffen. «Unser Ziel ist es, dass eine schriftliche Richtigstellung und Entschuldigung zustande kommt.» Falls es keine einvernehmliche Lösung gebe, ziehe man eine Ehrverletzungsklage in Betracht, so Büeler.

Klagen bei Nazi-Vergleichen

Bereits im letzten Herbst hat Ecopop gegen die Nationalräte Antonio Hodgers (Grüne, GE) und Maria Roth-Bernasconi (SP, GE) wegen Nazi-Analogien Klagen eingereicht. Nicht ausgeschlossen ist, dass der Verband noch gegen weitere Prominente vorgehen wird. Cédric Wermuth (SP, AG) etwa twitterte im Internet gestern: «Ökofaschismus trifft genau.» Nationalräte können allerdings nur belangt werden, wenn ihnen die zuständigen Kommissionen die parlamentarische Immunität absprechen.
Rossier seinerseits war für den TA nicht erreichbar. In der Beurteilung seines Falls sind sich die Nationalräte Christoph Mörgeli (SVP, ZH) und Hans-Jürg Fehr (SP, SH) für einmal einig: Der Faschismusvorwurf sei daneben, aber kein Rücktrittsgrund, wie das aus der CVP verlautete. Ein Sprecher des Aussendepartements betonte, dass Rossier «sich telefonisch bei den Initianten entschuldigt hat. Damit erübrigen sich weitere Kommentare unsererseits.»

Nachrichten

Energiesteuer
Initiative der Grünliberalen ist zustande gekommen

Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer», die erste Volksinitiative der Grünliberalen, ist mit 108 000 Unterschriften zustande gekommen, wie die Bundeskanzlei am Freitag mitteilte. Ziel der Initiative ist eine staatsquotenneutrale ökologische Steuerreform. (TA)

Abzockerinitiative
Rückschlag für Initiant Thomas Minder

Die Delegierten von CVP und BDP beschlossen am Wochenende deutlich die Nein-Parole zur Abzockerinitiative. Initiant Thomas Minder hatte an den beiden Versammlungen vergeblich für ein Ja geworben. Die Delegierten der Grünen sagten hingegen klar Ja. (TA)

Raumplanungsgesetz
CVP sagt deutlich Ja zum Raumplanungsgesetz

Die CVP Schweiz steht mit deutlicher Mehrheit hinter dem revidierten Raumplanungsgesetz. Der Entscheid fiel an der Delegiertenversammlung vom Samstag in Olten nach einer engagierten Diskussion mit 170 zu 89 Stimmen. Gegen die Revision sprachen sich vor allem Delegierte aus den Kantonen Wallis, Gené und Tessin aus; auch Parteipräsident Christophe Darbellay lehnt das Gesetz ab. CVP-Bundesrätin Doris Leuthard befürwortet es. (SDA)

Freihandvergaben
Zwei Drittel blieben unveröffentlicht

Der Controllingbericht liefert auch neue Erkenntnisse zu den Missständen bei den freihändigen Vergaben: solchen, die nicht ausgeschrieben, sondern direkt an einen bestimmten Anbieter vergeben werden. Ein grosser Mangel ist die fehlende Transparenz. Gemäss Bericht wurde 2011 nur jede dritte von insgesamt 361 Freihandvergaben auf der Internetplattform Simap.ch publiziert. Das wäre von Gesetzes wegen ausser in wenigen Ausnahmefällen eigentlich obligatorisch. Zudem fehlte bei rund einem Drittel der Freihandvergaben die Dokumentation

einer juristischen Prüfung des Vorgehens und der Wirtschaftlichkeitsüberlegungen.
Weiter zeigt der Controllingbericht, in welchen Bereichen die freihändigen Vergaben am grössten sind. Das Volumen betrug 2011 insgesamt 376 Millionen Franken. Je knapp 100 Millionen Franken fielen in die drei Bereiche IT- und Telekommunikationsmittel, Informatikdienstleistungen sowie allgemeine Dienstleistungen. Auffällig ist zudem der hohe Anteil an Freihandvergaben im Volkswirtschaftsdepartement (EVD), das

sich nach wie vor weigert, seine externen Aufträge publik zu machen. Gemäss Controllingbericht vergab das EVD, das seit diesem Jahr «Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung» heisst, 2011 Aufträge im Umfang von 98 Millionen Franken, darunter Dienstleistungsaufträge über 41 Millionen und IT-Aufträge über 22 Millionen Franken. Gemäss früheren Angaben hat das EVD im selben Jahr total 74 Millionen Franken freihändig vergeben. Also hat das Departement 2011 ganze drei Viertel des Auftragsvolumens nicht ausgeschrieben. (bro)

So verteilte der Bund 2011 seine externen Aufträge

